

Inhaltlicher Antrag

Initiator*innen: LDK (dort beschlossen am: 26.04.2025)

Titel: **Lasst die syrische Diaspora nicht im Stich!-
Keine Abschiebungen nach Syrien**

Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Sachsen möge beschließen und über die SPD-Landtagsfraktion an den Bundeskongress der Jusos sowie an die SPD-Bundestagsfraktion weiterleiten.

Antragstext

1 Der 8. Dezember 2024 ist ein Tag, den die meisten von uns nicht so schnell
2 wieder vergessen werden. An diesem Tag wurde das scheinbar unmögliche möglich.
3 Die Träume und Gebete von unzähligen Syrer*innen wurden endlich wahr. Das Assad-
4 Regime war gefallen. Aber nicht nur in Syrien wurde an diesem Tag gefeiert. Auch
5 in den Straßen jeder größeren deutschen Stadt wehten die grün, weiß schwarzen
6 Fahnen mit den drei roten Sternen in der Mitte, die Fahnen der syrischen
7 Revolution, die Fahnen des neuen Syriens. Das syrische Volk war endlich frei von
8 einem Regime, welches es jahrelang bombardiert, gefoltert, eingesperrt und
9 umgebracht hatte.

10 **Der 8. Dezember 2024 markiert einen historischen Wendepunkt: Das autoritäre**
11 **Assad-Regime wurde gestürzt - ein Ereignis, das für Millionen Syrer*innen**
12 **weltweit ein Symbol der Hoffnung und des Aufbruchs ist. In zahlreichen deutschen**
13 **Städten wehten die grün-weiß-schwarzen Fahnen mit den drei roten Sternen - ein**
14 **Zeichen für die syrische Revolution und eines neuen, freien Syriens. Nach Jahren**
15 **systematischer Gewalt, Bombardierungen, Folter und Unterdrückung feierte das**
16 **syrische Volk seinen ersten Tag ohne Diktatur.**

17 Aber wie war die Reaktion aus der Deutschen Politik? Bereits am Tag darauf wurde
18 ganz Syrien nun als sicher erklärt und Abschiebungen in dieses Land gefordert.

Auch in den Sondierungsgesprächen einigte sich die SPD gemeinsam mit der CDU darauf in Zukunft nach Syrien abschieben zu wollen. Ein Fehlschluss der aus mehreren Gründen zu fatalen Konsequenzen für die syrische Diaspora in Deutschland führen könnte.

Doch während die syrische Diaspora diesen Moment der Befreiung feierte, erklärte die deutsche Politik Syrien bereits am nächsten Tag pauschal für sicher. Erste Stimmen forderten Rückführungen, und bereits in den Sondierungsgesprächen zwischen SPD und CDU wurde die Absicht deutlich, Abschiebungen nach Syrien künftig wieder zu ermöglichen.

1. Umgang mit Minderheiten und Frauen ungeklärt

Wir sagen deutlich: Eine solche Politik ist ein folgenschwerer Irrweg. Denn die Lage in Syrien ist nach wie vor instabil und gefährlich. Abschiebungen zum jetzigen Zeitpunkt würden nicht nur das konkrete Menschenleben gefährden - sie wären auch ein fatales Signal der politischen Kälte und Rücksichtslosigkeit gegenüber der syrischen Diaspora in Deutschland.

Syrien ist ein Land in welchem extrem viele unterschiedliche Volksgruppen und Religionen leben. Seit dem 8. Dezember kam es zu mehreren unverhältnismäßig gewaltsamen Ausschreitungen gegen Minderheiten wie Kurden, Christen oder Alawiten. Das Massaker vom 8. März 2025 an 1000 Zivilist*innen ist ein trauriger Höhepunkt dieser Gewalt. Obwohl sich die syrische Übergangsregierung von diesem Massaker distanziert hat wurde es doch von regierungsnahen Milizen der HTS und SNA begangen. Auch handelt es sich bei der HTS um eine islamistische Gruppe und auch Ahmed Al-Scharaa, der syrische Übergangspräsident hat eine Vergangenheit bei Al-Qaida. Die Situation von ethnischen, religiösen, sexuellen Minderheiten und Frauen muss weiterhin beobachtet werden bevor Abschiebungen nach Syrien überhaupt in Erwägung gezogen werden dürfen!

1. Der Umgang mit Minderheiten und Frauen ist ungeklärt.

2. Israelische Angriffe im Süden Syriens

Syrien ist ein Land der Vielfalt - ethnisch, religiös, kulturell. Doch seit dem 8. Dezember 2024 kam es zu zahlreichen Angriffen auf Minderheiten wie Kurd*innen, Christ*innen oder Alawit*innen. Das Massaker vom 8. März 2025, bei dem mehr als 1.000 Zivilpersonen brutal ermordet wurden, stellt einen tragischen Höhepunkt dar. Während sich die syrische Übergangsregierung öffentlich von dem Massaker distanzierte, stammen die mutmaßlichen Täter aus regierungsnahen Milizen wie der HTS und der SNA. Bei der Hay'at Tahrir al-Sham (HTS) handelt es

sich um eine islamistische Gruppierung mit Verbindungen zu ehemaligen terroristischen Strukturen der Al Qaida. Auch Übergangspräsident Ahmed Al-Sharaa hatte in der Vergangenheit Verbindungen zu extremistischen Netzwerken, was Zweifel an der demokratischen Ausrichtung der Übergangsregierung aufkommen lässt.

Seit 1967 hat Israel die syrischen Golanhöhen annektiert. Auch während des Assad Regimes hat Israel Stellungen in Syrien bombardiert. Seit dem Sturz des Assad-Regimes hat sich die Lage im Süden Syriens weiter zugespitzt. Israel intensivierte seine Angriffe auf mutmaßliche Stellungen feindlicher Gruppen und forderte die Entmilitarisierung des Südens. Die syrische Übergangsregierung steht unter starkem Druck. Auch diese Entwicklung muss vorsichtig begutachtet werden, da sich hier ein neuer Konflikt entstehen kann.

Solange die Sicherheit und Gleichbehandlung von ethnischen, religiösen, sexuellen Minderheiten und von Frauen in Syrien nicht gewährleistet ist, dürfen Abschiebungen dorthin unter keinen Umständen in Betracht gezogen werden.

3. Wirtschaftliche Situation

2. Die fragile außenpolitische Situation Syriens

Syrien ist von 50 Jahren Assad-Regime und 13 Jahren Bürgerkrieg extrem traumatisiert. Das Bildungssystem liegt am Boden, ganze Generationen von Kindern konnten keine (regelmäßige) Schulbildung erhalten. Gleichzeitig leiden viele Familien unter der Ungewissheit über das Schicksal ihrer Angehörigen, die in Gefängnissen wie Saydnaya verschwunden sind. 90% der Syrer*innen leben unter der Armutsgrenze. Syrien verfügt nicht über genügend Infrastruktur alle Rückkehrer aufzunehmen. Menschen zwangsweise in so ein Land zurückzuschicken wäre absolut verantwortungslos. Außerdem wird es vorraussichtlich erst in vier Jahren Wahlen und eine Verfassung für Syrien geben. Abschiebungen in dieses Land wären extrem riskant.

Die internationale Sicherheitslage in Syrien bleibt komplex. Schon unter dem Assad-Regimes war Syrien Gegenstand umfangreicher ausländischer Einflussnahme und Spielball politischer Interessen der Region. Als einer der wichtigsten Verbündeten Irans, der über Jahre Assad und das syrische Regime gestützt und stabilisiert hat, war Syrien Teil des Nahost-Konflikts und der Unterstützung von Hamas und Hisbollah. Und auch der dauerhaft fragile Waffenstillstand auf den Golanhöhen und die Militärationen Israels im Süden des Landes waren prägend für die Sicherheitslage vor Ort. Auch nach dem Machtwechsel in Damaskus bleibt es weiterhin ungewiss. Der iranische Kampf um den Erhalt des Einflusses, die

stärkere Einmischung der Türkei und die Aufkündigung des Waffenstillstandes durch

4. die syrische Diaspora ist ein wichtiger Teil von Deutschland!

Israel und darauf folgende Militäraktionen sowie die Forderung nach der Demilitarisierung des Südens schaffen eine schwer vorher zusagende Dynamik und könnten das Land außen und innenpolitisch weiter destabilisieren. Diese Entwicklung muss genau beobachtet werden. Das Risiko eskalierender und neuer Konflikte bleibt groß.

Menschen, die aus Syrien geflohen sind, sind vor unfassbaren Leid geflohen. Die Grausamkeiten des Saydnaya Gefängnisses haben die ganze Welt erschüttert. Angriffe auf die eigene Bevölkerung mit Chemie Waffen haben uns die Grausamkeit des Assad-Regimes vor Augen geführt. Jeder Syrische Flüchtling hat sich aktiv gegen dieses System entschieden, jeder Syrische Flüchtling egal ob Kurde, Araber, Moslem, Christ oder Druze hätte für diese Entscheidung mit seinem Leben bezahlt. In Deutschland fanden um die 700.000 Syrerinnen Schutz aber auch eine Perspektive. Syrer*innen haben hier Sprachkurse absolviert, Freunde gefunden, einen Schulabschluss bekommen, Geburtstage gefeiert, sich ehrenamtlich engagiert, Familien gegründet, Ausbildungen abgeschlossen studiert, dieses Land aufgebaut und vieles mehr. Abschiebungen würden die Menschen aus ihrem Alltag und Leben herausreißen. Menschen, die bereits durch ihre Flucht alles riskiert haben wären wieder auf sich alleine gestellt und verraten von einem Land, welches sie eigentlich schützen sollte. Unser Apell an die SPD und die gesamte deutsche Politik ist es allen Syrer*innen in Deutschland zuzuhören. Statt zu fragen wie wir Syrer*innen am schnellsten Abschieben können sollten wir uns fragen, wie wir sie unterstützen können Syrien zu einem Land zu machen, welches sicher für alle ist. Diese Fragen werden Abschiebungen niemals beantworten können

3. Die wirtschaftliche und soziale Lage ist dramatisch.

Syrien steht heute vor den Trümmern von fünf Jahrzehnten autoritärer Herrschaft und mehr als einem Jahrzehnt verheerender Bürgerkriege. Das Bildungssystem ist weitgehend zusammengebrochen, für viele Kinder ist der reguläre Schulunterricht bis heute keine Realität. Hunderttausende Menschen gelten nach wie vor als verschwunden - insbesondere aus Gefängnissen wie Saydnaya, deren Gräueltaten international dokumentiert sind. Die betroffenen Familien leben in ständiger Ungewissheit über das Schicksal ihrer Angehörigen. Mehr als 90 Prozent der syrischen Bevölkerung leben unterhalb der Armutsgrenze. Es fehlt an grundlegender Infrastruktur, medizinischer Versorgung, sicheren Unterkünften und funktionierenden öffentlichen Dienstleistungen.

Eine Rückkehr nach Syrien ist weder unter humanitären noch politischen oder rechtlichen Gesichtspunkten zumutbar oder verantwortbar. Es ist nicht nur fahrlässig, sondern menschenverachtend, unter diesen Bedingungen gezwungenermaßen zurückkehren zu müssen. Zudem wird es voraussichtlich erst in vier Jahren Wahlen und eine neue Verfassung geben. Bis dahin fehlt es an demokratischer Legitimation und Stabilität.

4. Die syrische Diaspora gehört zu Deutschland!

Hunderttausende Syrer*innen haben in Deutschland nicht nur Schutz gefunden - sie haben sich hier ein neues Leben aufgebaut. Sie haben unsere Sprache gelernt, Freundschaften geschlossen, Schul- und Berufsabschlüsse erworben, Familien gegründet, studiert, gearbeitet und unsere Gesellschaft aktiv mitgestaltet. Ihre Flucht war zugleich eine klare Absage an das Assad-Regime - eine Entscheidung, die sie in Syrien mit dem Leben hätten bezahlen müssen.

Eine Abschiebung wäre nicht nur ein Bruch dieses Lebensweges - es wäre ein doppelter Verrat. Ein Verrat an Menschen, die bereits alles verloren haben und sich dennoch für ein friedliches, demokratisches Leben entschieden haben.

Die syrischen Menschen verdienen nicht nur Sicherheit - sie verdienen eine Perspektive und unsere Unterstützung.

Unsere Forderung:

- Wir fordern einen sofortigen und umfassenden Abschiebestopp nach Syrien. Die sicherheitspolitische, humanitäre und infrastrukturelle Lage in Syrien lässt derzeit keine Rückführungen zu. Das Land ist weder sicher noch institutionell in der Lage, Rückkehrer*innen aufzunehmen und zu schützen. Solange es keine funktionsfähige, demokratisch legitimierte Regierung gibt, sind Abschiebungen rechtlich und moralisch unverantwortlich.
- Statt erzwungener Rückführungen braucht es klare Signale für Schutz, Teilhabe und Integration. Nur so können syrische Geflüchtete aktiv zum Wiederaufbau einer friedlichen und gerechten Gesellschaft beitragen, sowohl eines Tages in Syrien als auch jetzt in Deutschland.
- Mit Abschiebungen werden keine Probleme gelöst, sondern neue geschaffen. Sie reißen Menschen aus ihrem Leben und gefährden ihre Zukunft.